

In der Stadt, in der wir leben wollen...

- ... sind Gesundheit, Betreuung und Pflege keine Ware.**
- ... werden die Betroffenen in ihrer Menschenwürde ernst genommen.**
- ... haben Gesundheits- und Sozialberufe attraktive Arbeitszeiten und Löhne.**
- ... sind Gesundheitswahn und profitorientierte Gesundheitsindustrie gesellschaftlich geächtet.**
- ... sind die entsprechenden Leistungen nach Menschenwürde, Solidaritäts- und Bedarfsprinzip ausgerichtet und nicht einer Kosteneffizienz unterworfen.**

Aktuell erfahren wir in Wien eine Einsparungspolitik in allen Bereichen des Sozialsystems und Gesundheitswesens. Beispiele dafür sind Verschlechterungen beim Pflegegeld oder die aktuelle Krankenhausreform, bei der still und heimlich Betten eingespart werden, ohne eine ausreichende ersatzweise Versorgung mit Pflegebetten zu gewährleisten. Diese Entwicklungen gehen Hand in Hand mit einer Prekarisierung, Unterqualifizierung, Illegalisierung und Unterbezahlung von Pflege- und Betreuungsverhältnissen. Der Trend geht hier eindeutig zurück zu schlecht oder unbezahlter Frauenarbeit.

Zweiklassenmedizin und -pflege sind in dieser Stadt nicht nur marginal existent, sondern gelebte Realität, sogar Normalität. Private Pflege- und Betreuungseinrichtungen werden bevorzugt behandelt, Lobbyinggruppen verdienen an der Unterversorgung des öffentlichen Bereichs. Zum Beispiel wird der Zugang zu betreutem Wohnen formal und finanziell erschwert. Die Zahl der Gangbetten in den öffentlichen Spitälern steigt kontinuierlich an, obwohl dies von den Verantwortlichen vehement bestritten wird. Das AKH ist bereits heimlich teilprivatisiert - der Krankenanstaltenverbund ist als eigenes Unternehmen ausgegliedert mit dem Ziel einer leichteren künftigen Privatisierung.

Im niedergelassenen ärztlichen Bereich herrscht ökonomischer Gewinndruck, Ordinationszeiten gibt es nur in Spitzenzeiten für wenige Stunden, in denen der „Patientendurchsatz“ so hoch wie möglich sein muss. Krankenanstalten kannibalisieren sich gegenseitig mit Fließband-Operationen, um die Finanzierung mittels eines absurden Punktesystems zu gewährleisten.

Psychiatrische und psychoanalytische Behandlung wird eingeschränkt, es fehlt an psychiatrischer, logopädischer, ergo- und physiotherapeutischer sowie sozialpädiatrischer Betreuung für Kinder und Jugendliche. Palliativbetreuungsplätze und Wohnplätze für Menschen mit Behinderung sind rar gesät. Zusätzlich führen herrschender Arbeitsdruck und zunehmendes Abgleiten großer Bevölkerungsgruppen in armutsgefährdende Verhältnisse erwiesenermaßen zu psychischer Belastung und somit Krankheit.

Die KPÖ Wien fordert eine Gesundheitspolitik, in der das Gesundheits- und Sozialwesen frei von Ökonomisierungszwang sowie Kostendruck ist, und in dem die Menschenwürde der einzelnen Betroffenen aber auch der Beschäftigten oberstes Prinzip ist.

Multiprofessionelle Teams, deren adäquate Entlohnung und Arbeitszeitverkürzung durch einheitliche Kollektivverträge sichergestellt wird, professionalisierte Ausbildungen, die Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl an Krankenanstalten-, Pflege- und Betreuungsbetten und das Zurückdrängen von Pharma- und Medizinprodukte-Industrielobbys ermöglichen ein partizipatives Gesundheitswesen, in dem die PatientInnen Mitbestimmungsrecht und Entscheidungsgewalt haben.

Schwangerschaftsabbruch in allen öffentlichen Spitälern und Verhütungsmittel auf Krankenschein sind unbedingt notwendig um das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper zu sichern.

Dazu muss die Finanzierung des Gesundheitswesens breiter angelegt werden, unter anderem durch Erweiterung der Einnahmen auf Wertschöpfung und Kapitalerträge.

Eine interessante Alternative zu der prekären niedergelassenen ärztlichen Versorgung könnten wohnortnahe Gesundheitszentren wie in Skandinavien, besetzt mit multiprofessionellen fix angestellten Teams, sein, die 24h am Tag offen stehen und damit Krankenanstalten entlasten.
Gesundheitsversorgung muss öffentlich bleiben und für alle in Wien lebenden Menschen vorhanden, erreichbar und leistbar sein.

Ein solidarisches Gesundheits- und Sozialwesen, wie es sich die KPÖ vorstellt, ermöglichte es den Betroffenen, in Würde zu leben, zu altern und zu sterben. Gleichzeitig stellt es angemessene Arbeitsbedingungen für die darin tätigen Menschen sicher.

Gerade das von der KPÖ geforderte bedingungslose garantierte Grundeinkommen könnte zudem Arbeitsdruck und Ökonomisierung der Lebensverhältnisse verringern was wiederum Menschen psychisch und physisch entlastet und damit systembedingten Erkrankungen vorbeugen würde.